

# Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitgliedern erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Coln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.  
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Insertate

kosten die dreigespaltene Petitzeile 30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen der Bausstellen die Hälfte.

Nr. 40.

Coln, den 4. Oktober 1907.

VIII. Jahrgang.

## Stärkung des Verbandes!

muß in der kommenden Zeit das Lösungswort aller Kollegen und Kolleginnen sein. Die Zeit der Herbst-agitation muß auf der ganzen Linie voll ausgenützt werden.

Schon steht die deutsche Arbeiterwelt unter dem Ein-drucke des bald stattfindenden

### 2. deutschen Arbeiterkongress

und zahlreiche sonstige Begebenheiten lassen erkennen, daß in einer machtvollen christlich-nationalen Arbeiterbewegung, dem Zentralverbande christlicher Holzarbeiter Deutschlands eine bedeutende Aufgabe zufällt.

Beinahe schon ein halbes Jahr tobt nun schon der

### Kampf der Bürstenmacher in Nürnberg

und findet man hier den Verband auf dem Posten zur Ver-teidigung der Menschenrechte.

Im Westen Deutschlands entfaltet unter Leitung des Obermeisters Rahardt, der Arbeitgeber-Schutz-verband, assistiert von der soziald. Presse, ein

### Reffeltreiben gegen die Kollegen,

daß im Grunde genommen, dem Zentralverbande christlicher Holzarbeiter gilt.

### Zahlreiche Maßregelungen

von Mitgliedern des Verbandes in der letzten Zeit beweisen, daß vielen Arbeitgebern

### ob der kommenden Wirtschaftskrise

wichtig der Kamm geschwollen ist.

Dazu stehen tausende von Kollegen vor der Tatsache, daß der

### Ablauf ihrer Tarifverträge

schon im kommenden Jahre vollzieht. Ernst ist daher die Situation und zeigt das Barometer des gewerkschaftlichen Lebens auf „Sturm“. Letzterem zu widerstehen ist aller-macht.

Wegen wir vor!

Stärken wir den Verband!

Verbandsmitglieder! Auf die Schanzen.

## Herr Rahardt auf dem Kriegspfade.

Nach dem Hildesheimer Tischlertage und der damit ver-bundenen Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutz-verbandes der Deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen er-schienen in einigen Fachblättern ein Artikel „Hildesheimer Ent-täuſchungen“ betitelt. Der Verfasser gab in letzterem seinem Mißmut über Ausdruck, daß man in Hildesheim an-nehmend garnicht die wahre Ursache für die Mißstände im Tischlerhandwerk erfaßt habe. Die Ursache bestehe darin, daß sich das Tischlerhandwerk seine Erzeugnisse seit Jahrzehnten viel zu niedrig bezahlen lasse: Es könne vorerst nur ein Kampfziel geben und das sei, „dem Abnehmer das Recht der Preisfestsetzung zu entreißen und selber auszuüben“. Es mühe nicht, daß man immer und immer wieder rufe, die Tischlermeister müßten höhere Preise fordern; man müsse viel-mehr nach dem Muster von Essen und Witten Institutionen schaffen, die für den einzelnen Tischlermeister zuverlässige Kalkulationen machten und so angemessene Verkaufspreise er-zielen. Ein derartiger Vorschlag sei auf der Hildesheimer Tagung von Berliner Seite jedoch bekämpft worden.

Der zweite Umstand, der den Verfasser des angezogenen Artikels enttäuscht hat, war der, daß man in Hildesheim bald jeden Punkt der Tagesordnung benutzte, um für den Arbeitgeber-Schutzverband Propaganda zu machen. Man habe das Verhältnis zwischen Meister und Gesellen ausschließlich nach den Berliner Verhältnissen beur-teilt. Ob dann schließlich die Hunderttausende von Tischlergesellen in ganz Deutschland, so fragt der Artikelschreiber, in derselben Weise behandelt wer-den sollten, wie die „Berliner“ ihre „Arbeiter“ zu behandeln gezwungen seien? Die „Fachsitz.“ des Ar-beitgeber-Schutzverbandes finde sich de facto damit ab, daß das deutsche Handwerk dem Untergange geweiht sei und ihre Hinter-lammer handelten dementsprechend auf einer Tagung, welche sich zur Wahrung der Interessen des Handwerks einberufen.

Einen Antrag, der dahin zielte, den Innungen die Be-zugnahme von Arbeits- und Garantieverträge zur Wahrung der ge-samten Standesinteressen abzuschließen, habe man gar nicht einmal zugelassen. „Sieht man denn nicht“, so sagt der Verfasser zum Schluß aus, „daß die Arbeitgeber-verbände, die die Fabriken, die geborenen Gegner

des Handwerks einschließen, alle Innungsbestrebungen völlig illusorisch machen müssen?“

Als Verfasser des Artikels wurde sehr bald Herr H. Küsselhaus, der Leiter des Essener Tischleramts entdeckt. Herr Küsselhaus, von Beruf Kaufmann, hat sich durch jahre-langes Studium eine ziemlich Kenntnis des Tischlerhand-werks erworben und hat nunmehr als Leiter des genannten Tischleramts die Aufgabe, den Tischlermeistern bei ihren Kal-kulationen so wie auch bei der sonstigen Wahrung ihrer Inter-essen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Es scheint fast ob seine Bemühungen den gewünschten Erfolg haben, und ver-säumt Herr Küsselhaus nicht, an Hand derselben für seine Ideen, die in den „Enttäuschungen“ zum Teil wiedergegeben sind, Propaganda zu machen.

Mit Argusaugen hat Herr Rahardt, der das Recht als Oberbefehlshaber im deutschen Holzgewerbe für sich zu beanspruchen glaubt, die Entwicklung der Dinge ver-folgt und in Herrn Küsselhaus einen Rivalen zu erblicken geglaubt. Nichts ist daher verständlicher, als daß dem letzteren der Krieg erklärt wurde. In Nr. 35 der „Fachsitzung“ ging der Krieg dann los. Als Ausgangspunkt dient der eingangs erwähnte Artikel „Hildesheimer Enttäuschungen“. Nichts von dem darin Enthaltenen will Herr Rahardt gelten lassen. Es sind ihm „gänzlich unberechtigte Vorwürfe von einem Manne, der nie in seinem Leben praktische Erfahrungen in unserem Gewerbe sammelt konnte“, das was der „Nichtfachmann Küsselhaus“ behauptet, habe einen mehr persönlichen, als wie sachlichen Hintergrund. Herr Küsselhaus, „der neue Prophet für das Tischlerhandwerk“, habe „nie in seinem Leben ein Stück Tischlerarbeit erzeugt“ und habe „gar keine Ahnung von den Vorgängen innerhalb unseres Gewerbes“. Mit welchem Rechte, der Buchhalter eines Holzgeschäftes, die bewährten Männer des Tischlerverbandes herabsetze, indem er erkläre, daß diese ihre Aufgabe nicht erfaßt hätten. Es sei eine nicht leicht zu be-greifende Ueberhebung des Herrn Küsselhaus, daß er sich als Schulmeister aufspiele und „das tut ein Mann, der nicht in der Lage ist“ den Größen des Arbeitgeber-Verbandes „das Wasser zu reichen, denn das was er vorschlägt, läßt den Phantasten oder doch wenigstens den bloßen Theoretiker er-kennen“. Was Herr Küsselhaus als neu empfehle, „haben wir uns längst an den Stiefeln abgelaufen und eine edle Dreistigkeit des Herrn ist es“ usw. Gegen ein derartiges „Gebahren eines Laien“ erhebt Herr Rahardt Protest, „namens des gesamten deutschen Tischlergewerbes“. (Nul. d. Red.) Herr Küsselhaus habe eine gehörige Portion Phanta-sie und geradezu köstlich wäre es, sich in den Idealfuß eines Tischlerparlamentes mit Herrn Küsselhaus als Präsidenten hineinzuwenden. Letzterer habe „gar keine Ahnung von den heutigen Arbeiterverhältnissen und verrate er eine geradezu rührende Unkenntnis“ (das soll Herr Rahardt, wie wir aus bestimmter Quelle wissen, nicht viel besser gehen. Ann. d. Red.) Wenn sich Herr Küsselhaus durchaus als Anwalt der Tischlergesellen aufspielen wollte, so solle er sich doch lieber bei einer Arbeiter-Organisation um einen vakanten Posten-melden. „Wie wir Berliner und alle übrigen deutschen Berufsgenossen“, so ruft Herr Rahardt pathetisch, „unsere Ge-sellen zu behandeln haben, darüber spreche ich Herrn K. jedes Urteil ab“. „Ausgerechnet, Herr Küsselhaus aus Essen mußte erst seine Stimme erheben, um die bedrohten Innungen zu retten, und alle die Obermeister in den 250 deutschen Städten in denen der Schutzverband Mitglieder zählt, werden sich als reuige Sünder an die Brust schlagen und ausrufen: „Heil und Ruhm unserem großen Helfer und Retter, der uns die Augen geöffnet hat“.

Herr Rahardt glaubt dann zum Schluß, daß, soweit er „den Herrn kenne“, dieser seine Ministerarbeit fortsetzen würde und damit nicht nur Verwirrung in den Kreisen der rhein. Kollegen anrichte, „sondern auch unsern Gegnern die Waffen gegen uns richten hilft“. Fahre er fort sich als den allein-igsmachenden Propheten zu fühlen und durch unsachgemäße, gehäßige Kritik die Einigkeit innerhalb des Gewerbes zu stören, so müsse seine Ausschaltung erfolgen. Die deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen, seien nicht willens, ihre mühsam aufgebaute Organisation von einem dem Tischlerhand-werk fernstehenden Manne in Frage stellen zu lassen.

Herr Küsselhaus ist dazu natürlich auch nicht still. In etwas nobelstem Tone jagt er Herrn Rahardt die Mei-nung. „Denken Sie denn“, so fragt er letzteren in einer Entgegnung, „unsere rheinischen und westfälischen Tischler-meister wären alle miteinander Schafsköpfe, die nicht nach der ersten Unterredung herausfühlen, ob einer Ahnung hat oder nicht?“ Auf den Vorwurf, daß er (Küsselhaus) sich doch als Anwalt der Gesellen um einen vakanten Posten bei deren Organisation bewerben solle, antwortete er: „Dieser Angriff schließt eine Verdächtigung in sich, von der gehofft wird, es bliebe wenigstens etwas sitzen. Rahardt bewirkt dadurch meine ehrliche und selbstlose Arbeit für eine große Sache mit Strahlenstich. Ich protestiere da-gegen und weise Rahardt in die jedem, auch ihm gezogenen Schranken zurück“.

In der Entgegnung legt Küsselhaus noch einmal das Programm des Essener Tischleramts dar und erklärt: „Wir erkennen vorläufig kein wichtigeres Ziel an als das, unseren Abnehmern das uns zustehende Recht der Preisfestsetzung zu entreißen und selber auszuüben“. Bei auskömmlichen Ver-kaufspreisen würde dann auch die Zeit kommen, wo den Ge-sellen das Ziel Meister zu werden auch wieder begehrens-wert erschien, wo ihnen die Einsicht aufging, daß sie auch noch zum Stande gehörten und daß sie an ihrem eigenen Ruin arbeiteten, wenn sie fortführen sich zu politischen Zwecken mißbrauchen zu lassen. Dieses sei der neue Geist der in das Tischlerhandwerk eingezogen sei und Herr Ra-hardt mache den Versuch, diesen neuen Geist wieder tot zu schlagen.

Der Streit, der sich hier zwischen Herrn Rahardt und Herrn Küsselhaus entpinnen hat, zieht inzwischen weitere Kreise. Herr Rahardt ist es insbesondere, der versucht, die Haltung der Tischlermeister namentlich im Westen Deutschlands zu seinen Gunsten ungunstigen. Es ist dieses sein gutes Recht; nur das sei Herr Rahardt mit auf den Weg gegeben, daß er sein Ziel nicht dadurch er-reicht, indem er die Meister gegen die Gesellen und die Gesellen gegen die Meister hetzt. Ein solches Geschäft mag er in Berlin betreiben, im Westen Deutschlands wird er dazu nicht benötigt.

Wir sehen davon ab, uns in den Streit einzumischen, können aber Herrn Rahardt versichern, daß er sich mit seinen neuesten Taktik auf schiefer Ebene befindet. Es ist ein-fach eine offenkundige Fälschung der Tatsachen, wenn die „Fachsitzung“ des Arbeitgeber-Verbandes in ihrer Nr. 39 die rheinisch-westfälischen Tischlermeister vor der For-derung von Minimallohnen seitens der Gesellen, die namentlich in den rheinisch-westfälischen Ge-genden nachdrücklicher erhoben werden wird, „grüßlich zu machen sucht. Da braucht die Fachzeitungsweis-heit nicht einzuspringen, sondern wissen es die Tischlermeister durch die Tätigkeit des Zentralverbandes christlicher Holz-arbeiter schon längst, daß sie an einer Festlegung der Löhne nicht mehr vorbeikommen. Ob es nun gerade fair ist, Herrn Küsselhaus als denjenigen hinzustellen, der den Gesellen bei ihren Lohnforderungen die Wege zeigt, das sei dahingestellt. Die organisierte Gehilfenschaft besitzt ihr Programm.

Wir wären nur neugierig zu wissen, wer den Artikel in Nr. 39 der „Fachsitzung“ „Das kommt davon“ betitelt, verbrochen hat. Auffällig ist nur, daß Herr Rahardt vor-zeitig mit seinem Generalstabe in Coln war, hier in einer Arbeitgeber-Versammlung einer Resolution zur Annahme ver-half, die von Prämierung von Dummheit und Faulheit bei einem Durchschnittslohn von 52 Pfg. spricht; daß Herr Rahardt Mitredakteur der „Fachsitzung“ ist, die in dem an-gezogenen Artikel Herrn Küsselhaus gewissermaßen als den Vater der Durchschnittslohne hinstellt und das es gleichzeitig Herr Rahardt ist, der noch als Vorsitzender des Arbeitgeber-Verbandes in diesem Jahre Tarifverträge mit festgelegten Lohnsätzen mit seinem Namen bedekt.

Vielleicht ist hier die schüchternste Frage erlaubt: „Hat etwa Herr Rahardt ein Interesse daran, z. B. durch seine nachdrückliche Agitation gegen Durch-schnitts- und Minimallohne in Westdeutschland die Notwendigkeit seines Verbandes zu beweisen und die Essener Konkurrenz fernzuhalten? Wenn ja, so bitten wir Herrn Rahardt freundlichst, auf eine andere Art und Weise mit Herrn Küsselhaus in's Reine zu kommen. Das Gros der Tischlergesellen in Westdeutsch-land lehnt es ab, in diesem Streite den Prell-bock abzugeben. Mag sich Herr Rahardt darnach richten.“

## Erste Brandenkonferenz der Korbmacher im Bracheler Revier.

Am Sonntag den 22. September versammelten sich in Brachelen zum ersten Male die Delegierten der Korbmacherzahl-stellen unseres Verbandes, um eine Aussprache herbeizuführen über die Maßnahmen zur Verbesserung der Erwerbsverhältnisse der Korbmacher und zur weiteren Ausbreitung unseres Ver-bandes. Vom Hauptvorstande war der Zentralvorsitzende Kollege Kurtzschid erschienen. Die Konferenz, welche sehr zahlreich besetzt war, wurde pünktlich um 2 Uhr vom Kollegen Stedem, Düsseldorf eröffnet. Zum ersten Punkte der Tagesordnung wurde Bericht erstattet über die bisherigen Agitationserfolge im Korbmachergebiete. Unter Berücksichtigung der großen Schwierigkeiten, welche zu überwinden waren, muß das Er-gebnis als zufriedenstellend bezeichnet werden. Der Organi-sationsgedanke hat Wurzel geschlagen und ruhig und sicher schreitet derselbe voran. Sechs Zahlstellen konnten bereits errichtet werden, weitere sind in Vorbereitung. In allen Zahlstellen wird ein Lokalbeitrag von 5 Pfg. pro Woche er-hoben. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß in Zukunft nicht nur der Haushaltungs Vorstand, wie es jetzt der Fall ist,

als Mitglied eintritt, sondern daß auch die erwachsenen Söhne und die Stiefarbeiter sich als Mitglieder anschließen. Es müssen weiter durch eifrige, ausdauernde Kleinarbeit, sowie durch zeitweilige Veranstaltung größerer Versammlungen die heute noch fernstehenden Kollegen gewonnen werden.

Zu einer lebhaften Aussprache kam es bei der Beratung über die zu treffenden Maßnahmen zur Erzielung und Erhaltung guter Korbmwarenpreise. Hier wurde betont, daß es unser Streben sein müsse, auch bei fallender Geschäftslage Verschlechterungen abzuwehren und überall wo möglich, Verbesserungen zu erzielen. Aufgabe des Verbandes sei es, die Schmutzkonkurrenz und das Trüchsystem im Gewerbe möglichst zu beseitigen. Mit den Händlern sei ein friedliches Verhältnis und der Abschluß von festen Tarifverträgen zu erstreben. Für Brädelern wurde die Errichtung eines Konsumvereins als wünschenswert bezeichnet und wird diese Frage in nächster Zeit noch eingehender behandelt werden. Großes Interesse beanspruchten die weiteren Verhandlungen betreffend Beschaffung von preiswertem Rohmaterial. Hier konnten die Brädeler Kollegen bereits berichten über den vollständig gelungenen, gemeinsamen Bezug von 2 Waggons Weiden durch Unterführung des Verbandes. War es doch hier, durch den einzelnen Kollegen möglich, gutes Material um 33 bis 50% billiger einzukaufen, als dieses sonst der Fall war. Soweit wie Bedarf vorhanden, werden später weitere Bestellungen gemacht werden. Auf diesem Wege können sich die Korbmacher das fehlende Material gut und billig beschaffen, ohne die einheimische Weidenkultur zu schädigen. Bezüglich des gemeinsamen Vorgehens bei Weidenverfeinerungen wurde angeführt, daß es hier sehr schwierig sein würde, Vorteile zu erzielen, doch soll diese Angelegenheit weiter verfolgt und eventl. Vorteile gemacht werden.

Einen größeren Raum in Anspruch nehmen dann die Verhandlungen über die innere Verwaltung der Jahreshellen. Hier heißt es besonders mit Umsicht und Ausdauer weiterarbeiten. Unsere Versammlungen, unser Benehmen und Betragen auch außerhalb derselben, werden mit Argusaugen beobachtet. Darum müssen alle Kräfte angepannt und jegliche Mißverständnisse vermieden werden. Die Versammlungen müssen gut vorbereitet und in Vorbereitungen müsse die Tagesordnung beraten und festgelegt werden. Wenn auch kein Referent zur Stelle sei, so müsse die Versammlung doch anregend und interessant sein, wozu eine Reihe von Anregungen gegeben wurde. Wert müsse weiter gelegt werden auf eine leibliche und erfrischende Führung der Bücher. Durch Zusammenlegung der nahe beieinander gelegenen Jahreshellen könne eine Vereinfachung der Verwaltung herbeigeführt werden. Ein früher herangezogener Wunsch, die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung anderweitig festzusetzen, wurde nach einer Ausklärung durch den Zentralvorstand, Kollegen Ausschuss zurückgezogen.

Besprochen wurden weiter die heutigen, unhaltbaren Zustände im Lehrjahrgang. Die mangelhafte Ausbildung, welche manche Lehrlinge erhalten (bei einer Lehrgzeit von einigen Monaten, selbst für manche Körbe erklärlich) bringt es mit sich, daß deren Werte nachher in Bezug auf Güte und Haltbarkeit zurückbleiben und hier von den Händlern dann am ersten verurteilt wird, die Werte zu drücken. Dann sei es auch eine Tatsache, daß diese jüngeren Korbmacher nicht die nötige Materialkenntnis besitzen und bei Weidenverfeinerungen sich nach den anderen Korbmacher das Material verteilen. Hier müsse verhandelt werden allgemein eine richtige, angemessene Lehrgzeit einzuführen. Da jedoch bei dieser Frage auch noch eine Reihe anderer Punkte in Betracht kommen, wurde beschlossen, diese Frage in einer späteren Konferenz noch eingehend zu behandeln. Kurz berührt wurde auch noch das Verhältnis der Korbmacher zur Handwerkskammer und zur Gewerkschaft in Heinsberg.

Die Konferenz war am Schluß ihrer Beratungen gelangt. Ein jeder Teilnehmer hatte die Ueberzeugung gewonnen, daß solche Konferenzen des öfteren notwendig seien und daß neue fruchtbare Anregungen gegeben wurden. Im Schlußwort wurde betont, daß weiterhin noch viele, unerlösbare Arbeit geleistet werden müsse und daß noch mancher Mißstand zu überwinden sei. Wie überall die christl. nationale Arbeiterbewegung sich erst ihren Platz erobern und erkämpfen mußte, so sei es auch hier der Fall. Jedoch mit Mut und Vertrauen auf das Gelingen der Sache weiter gearbeitet, dann würden wir anderen Jaken immer näher kommen. Heute schon wird in der Deutschnatur mit uns getrieben, in der Zukunft wird es noch weit mehr der Fall sein und hieran müsse ein jedes Mitglied nach besten Kräften mitwirken.

### Die bayrische Holzindustrie-Gewerkschaft im Jahre 1906.

Nicht viel mehr als 100000 Hektar sind es, die seitens der Verwaltung der Gewerkschaft in einem jährlichen Bericht herausgegeben wurden. Demnach hat die Holzindustrie in Bayern im abgelaufenen Jahre nur geringe Fortschritte gemacht. Die Zahl der Betriebe beträgt 7130 gegen 7011 im Vorjahr. Ganz richtig ist im ganzen ein Zugang von nur 119 Betrieben, was angesichts der sehr guten Geschäftslage wenig zu beklagen hat. Die Schmelzereien waren mit 225 Betrieben im Zugang und 157 im Abgang beteiligt. An der Spitze der Betriebszahl steht Oberbayern mit 1709 und Niederbayern mit 1321. Die höchste Zahl der Betriebe hat die Oberpfalz, nämlich 440. Der größte Teil der Betriebe in den beiden genannten Landesteilen entfällt wohl auf München, Nürnberg und Bamberg. Die Zahl der Beschäftigten beträgt 43579 gegen 41683 im Vorjahr. Davon entfallen auf Schwaben und Franken 1904 Betriebe mit 16650 Arbeitern. Bagerzien und Bagerzienarbeiten mit 104 Betrieben und 110 Arbeitern. Die Holzindustrie hat 69 Betriebe mit 911 Arbeitern.

Meißelfabrikation kommt mit 20 Betrieben und 3301 Arbeitern in Betracht. Beachtenswert ist noch die Pinsel-, Bürsten- und Kämmefabrikation mit 120 Betrieben und 4228 Arbeitern.

Der übrige Teil der Arbeiter verteilt sich auf Holzkonfektionierung, Schnitzereien, Verfertigung von Stöcken und Schirmen usw.

Insgesamt wurde eine Lohnsumme von 98 579 637 Mk. ausbezahlt. Demnach entfällt auf den Arbeiter ein Durchschnittslohn von 886 Mk. pro Jahr! Gewiß eine Lohnsumme, die kaum einen rechtshaffenen Lebensunterhalt ermöglicht.

Unfälle kamen im Berichtsjahre 2120 zur Anmeldung, die gleiche Zahl wie im Vorjahre. Immer noch gibt es Unternehmern, die erst durch Bestrafung an ihre Pflichten erinnert werden müssen. Im abgelaufenen Jahre kamen 76 solche Fälle vor. In 16 Fällen führte die Revision zur Aufdeckung falscher Nachweisungen. In 38 Fällen mußten Unternehmer bestraft werden, wegen Nichtanführung von Aufträgen der Unfallversicherungsstellen. In 12 Fällen ist kein Lohnbuch geführt worden. Die übrigen 9 Fälle betreffen die Unterlassung von Betriebsanmeldungen, falsche Lohnangaben und Nichterstattung von Unfallanzeigen.

Besonders beachtenswert ist der Bericht des technischen Aufsichtsbereits, namentlich für die Maschinenarbeiter. Daß die eine Kräft für die große Anzahl der Betriebe unzureichend ist, braucht kaum betont werden. Im Jahre 1906 wurden insgesamt 783 Betriebe einer technischen Revision unterzogen, wozu 125 Meißeltage notwendig waren, 125 Revisionen wurden gemeinschaftlich mit den Angestellten der Fabrik- und Gewerbeinspektion gemacht. Eine Untersuchung betraf eine, schon im Vorjahre angeführte, grobe Lohnhinterziehung und endete mit der Verurteilung des Unternehmers wegen Betrugs zu 1000 Mk. Geldstrafe. Zwei andere Fälle betrafen fahrlässige Körperverletzung und endeten in einem Falle mit der Verurteilung des Unternehmers zu 8 Tagen Gefängnis, in anderem Falle erhielt der Unternehmer infolge der unbestimmten Aussagen der als Zeugen geladenen Arbeiter 300 Mk. und sein Werkmeister 60 Mk. Geldstrafe.

Mehrfach stellte sich heraus, daß die Vertreter der Maschinenfabriken bei Unterzeichnung der Verträge ihren Kunden alles mögliche versprechen, so daß unterschrieben wurde, ohne die Vertragsbestimmung zu beachten, laut welcher sämtliche Abmachungen vollständig anzugeben sind. Die Vertreter sollen sich deshalb schriftlich garantieren lassen, daß die zu liefernde Maschinen den Anforderungen der Versicherungsgesellschaft vollständig entsprechen muß.

119 Betriebe wurden eingesehen, um deren Versicherungspflicht bzw. Zugehörigkeit festzustellen, mit dem Erfolg, daß 64 Betriebe als versicherungspflichtig anerkannt wurden.

Vollständig den Bestimmungen der Unfallversicherungsstellen entsprechend waren nur 53 Betriebe.

- Beanzuhalt wurden:
- 35% der revidierten Dampfessel — mangelhafte Ausrüstung der Wasserstände usw.,
  - 21. Dampfmaschinen — fast durchgängig mangelhaft verarbeitete Schwungräder usw.,
  - 22. Explosionsmotoren — fehlender Kurbschutz, ungenügende Lüftung usw.,
  - 7. Wasserkränmaschinen — schlechter Zugang zu den Zapfen, schlechte Stege,
  - 63. Göpel — durchweg unvernünftige Zahnräder,
  - 64. Krähne — fehlende Fangvorrichtung, Zugänge usw.,
  - 51. Kreisfräsen — fehlende Schutzhanden, Verwahrung unter dem Lichte, fehlende Spaltteile,
  - 53. Bandsägen — Scheiben nicht verwahrt,
  - 44. Fräsen — fehlende oder ungenügende Schutzvorrichtungen,
  - 56. Hobelmaschinen, Abrihtmaschinen usw. — ungenügende oder ganz fehlende Messerüberdeckung,
  - 63. Saiter — fehlender Kurbel- und Stelzenchutz, Kurbräderverriegelung.
  - 52. Schleifmaschinen — Schutzbügel fehlen usw.
  - 76. Universalmaschinen — infolge der vielen, vereinigten Maschinen und des hierdurch fortwährend nötigen Ab- und Anfahrens der verschiedenen Teile fehlen fast alle künstliche Schutzvorrichtungen.

Bei etwa 30% der besichtigten Maschinen entsprechen die Schutzvorrichtungen nicht den Anforderungen, waren bzw. gar nicht vorhanden.

31% der revidierten Lohnbücher waren mangelhaft oder gar nicht geführt!

Im Schluß wird in dem Berichte angetührt, daß gemäß dem Wunsche der letzten Delegiertenversammlung, soweit als irgend möglich auf die Verwendung der runden Sicherheitswellen gedrungen wurde. Dieses Verlangen sei dadurch erledigt worden, als eine Entscheidung des Königl. Landesversicherungsamtes vorliegt, die die runden Wellen als den besten Vorschlag des § 21 der Unfallvorschriften erklärt. Die mit den runden Wellen gemachten Erfahrungen sind insgesamt sehr gut. Nur zwei schwere Beschädigungen kamen bei der Arbeit mit runden Wellen vor, — die eine, in Betrieb eines ganzen Fräsen bestehend, war durch Verwahrlosung der unbedeutenden Schwungräder und dadurch hervorgerufene Entzündung der Hande bedingt, die andere war eine Folge der stark ungeriffenen Länge an Abrihtmaschinen, wobei die der Finger geriffen wurde, demnach keine Fälle, die der runden Welle nicht zur Last gelegt werden können.

Soweit der wesentliche Teil des Berichtes. Die Kollegen in Bayern können daraus aufs neue erkennen, welche schwere Aufgaben die Gewerkschaften noch zu erfüllen haben.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 40. Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. Sept. bis 5. Okt. 1907 fällig ist.

Auf Grund des Gegenseitigkeitsvertrages zwischen dem christlichen Holzarbeiterverbande der Schweiz und dem Verbande christlicher Holzarbeiter Österreichs ist in Zukunft folgendes zu beachten:

1. Wenn ein Mitglied der oben genannten Verbände sich in einer Jahreshelle zum Übertritt meldet, so ist in sein Mitgliedsbuch mit Datum, Stempel und Unterschrift versehen einzutragen: „Übergetreten zum Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands“.

2. Die Übergetretenen behalten ihre früheren Mitgliedsbücher im Gebrauch.

3. Werden an ein übergetretenes Mitglied Unterstützungen verabsolgt, so ist auf den Formularen und Meldeformen kurz zu vermerken, aus welchem Verbände der Übertritt erfolgte. Dasselbe muß geschehen auf den Formularen für die vierteljährlichen Quartalsabrechnungen.

Die Kassierer müssen darauf achten, daß sie die früher geleisteten Wochenbeiträge und die erhaltenen Unterstützungen in Anrechnung bringen.

Manche Jahreshellenkassierer glauben, wie aus mehreren Zuschriften hervorgeht, sie brauchen es mit den wöchentlichen Meldungen an die Geschäftsstelle in Köln bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit nicht so genau zu nehmen. Demgegenüber machen wir alle mit der Auszahlung von Kranken- und Arbeitslosenunterstützung betrauten Kassierer wiederholt darauf aufmerksam, genau nach den erlassenen Bestimmungen zu verfahren. Die wöchentlichen Meldungen müssen unter allen Umständen pünktlich erfolgen.

Wir machen die Ortsverwaltungen nochmals auf den Quartalsabschluß aufmerksam und bitten dringend, die Abrechnung in der Zeit bis zum 15. Okt. fertig zu stellen.

Beim Übertritt von Mitgliedern aus andern Verbänden sind in der letzten Zeit vielfach unrichtige Eintragungen in die Mitgliedsbücher erfolgt. In Zukunft werden daher die neuen Mitgliedsbücher für die übertretenden Mitglieder nur bei der Geschäftsstelle in Köln ausgefüllt. Sobald sich also ein Mitglied zum Übertritt in unsern Verband meldet, ist seitens der Ortsverwaltung das frühere Mitgliedsbuch des Betroffenen nach Köln einzusenden, damit die nötigen Uebertragungen gemacht werden können.

Das Mitgliedsbuch 36 670 auf den Namen Adolf Gans lautend, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

### In welcher Weise sollen die Kassenrevisionen stattfinden?

Diese Frage tritt zur Zeit beim Abschluß des III. Quartals an eine Reihe von Kollegen heran, die vielleicht zum erstenmal die Revision einer Kasse vorzunehmen haben. Um ihnen die Arbeit zu erleichtern und um alle Revisoren zu veranlassen, die Revision gründlich vorzunehmen, möge man sich nachfolgenden Zeilen gut merken.

1. Bei einer Kassenrevision muß an erster Stelle der vorhandene Barbestand an Geld festgestellt werden. Der Kassierer muß das sämtliche, bis zum Tage der Revision vereinnahmte Geld den Revisoren vorlegen; diese haben es nachzuzählen und die Summe genau zu notieren.

2. Ist Geld auf einer Sparkasse oder sonstwo angelegt, so muß die Sparkassenbücher, Schuldscheine u. von den Revisoren genau zu prüfen und ist auch diese Summe zu notieren.

3. Revisoren die Revisoren alle vorhandenen Marken zählen und den Wert niederzuschreiben. Sind Zweifel vorhanden, ob die in Besitze der Vertrauensmänner sich befindliche Zahl der Marken stimmt, so sind die Vertrauensmännerbüchlein einzugehen und zu prüfen.

4. Haben die Revisoren das zur Stunde der Revision vorhandene Vermögen in Bargeld, Sparkassenbüchern, Schuldscheinen sowie in Marken genau festgestellt, so ist zu prüfen, ob die Bestände auch stimmen. Zu diesem Zwecke sind im Kassenbuche, in welchem der Kassierer jeden Tag die Einnahmen und Ausgaben eintragen muß,

- a) alle Einnahmen an Geld zu prüfen. Es muß genau festgestellt werden, ob auch alle Einnahmen gebucht sind;
  - b) alle Ausgaben an Geld zu prüfen. Für jede Ausgabe muß ein Beleg vorhanden sein. Fehlende Belege sind unbedingt herbeizufassen. Auf etwaige Ausreden des Kassierers dürfen sich die Revisoren nicht einlassen. Auch sind die Belege auf ihre Echtheit hin zu prüfen;
  - c) sämtliche, bis zur Stunde der Revision von der Geschäftsstelle erhaltenen und bei der vorhergehenden Quartalsabrechnung übrig gebliebenen Marken der Zahl und dem Werte nach zu prüfen. Dabei müssen die Lieferhefte mit den Eintragungen des Kassierers übereinstimmen.
  - d) sämtliche verkauften Marken der Zahl und dem Werte nach zu ermitteln.
  - e) alle Einnahmen und Ausgaben an Geld und Marken zu vergleichen, um festzustellen, ob die Restsummen mit den vorhandenen Beständen übereinstimmen.
5. Haben die Revisoren Kasse und Bücher über alle Einnahmen und Ausgaben, die bis zur Stunde der Revision gemacht worden sind, geprüft, so ist festzustellen, wie viele davon auf das betreffende Quartal entfallen, aber welches abgerechnet werden soll. Das entsprechende sind dann die Formulare auszufüllen.

Bemerkt sei noch ausdrücklich, daß es falsch ist, wenn Rasse und Bücher nur bis zum Quartalschluß geprüft werden. Wenn zum Beispiel eine Revision, wie es leider bei manchen Jahrestellen der Fall ist, drei oder vier Wochen nach Schluß des Quartals erst erfolgt, so könnte ein unehrlicher Kassierer sehr leicht mit neu bezogenen Marken oder eingegangenen Geldern etwaige Fehlbeträge aus dem vorhergehenden Quartal bedecken. Darum müssen alle Einnahmen und Ausgaben geprüft werden, die bis zur Stunde der Revision erfolgt sind. Ein tüchtiger Revisor darf sich niemals auf Vertrauen stützen; er muß vielmehr rücksichtslos Belege fordern und sich selbst von dem Stande der Kasse überzeugen.

**Lohnbewegung.**

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Reaktionschluß ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

**Zugzug ist fernzuhalten von**

- Holzarbeitern aller Branchen nach Ripp Springs (Nähe & Jahrsburg).
- Schreiner: Landskron, Mühlendorf (Kempf & Geiger), Waren-dorf (Hildmann), Hennes-Sieg (Fabrik für Gebrauchsgegenstände), Solingen, Eilenburg (Ranze), Neu-Jenaburg.
- Sägearbeiter, Maschinisten und Holzarbeiter nach Neustadt, Holzlebrud (Waden).
- Werkzeugmacher nach Bamberg (Wfal). Dortmund und Risterhammer.
- Lapiezler und Sattler Köln (M. Bogbaum, Händelstraße).

**Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit bei der Firma Bollmer & Müller in Ruhrtort.** Wie bereits in Nr. 38 unseres Organs berichtet wurde, waren unsere dort beschäftigten organisierten Kollegen an die Firma herangetreten, um die zehnstündige lange zwölfstündige Arbeitszeit in eine zehnstündige umzuwandeln, welche sich dort noch, dank der Loyalität und Gleichgültigkeit unorganisierter Kollegen, erhalten hatte. Jedemfalls um diese Bewegung illusorisch zu machen und die organisierten Kollegen zurückzuschrecken, ging die Firma dazu über, die elfstündige Arbeitszeit einzuführen, die Stundenlöhne um einige Pfennige zu erhöhen und zwei organisierten Kollegen die Kündigung anzustellen. Hiermit hatte sich jedoch die Firma verrechnet, indem gerade hierdurch sich die noch unorganisierten Kollegen mit zwei Ausnahmen angeschlossen und dann gemeinsam die Kündigung einreichten. Herr Bollmer war daraufhin bereit, die zehnstündige Arbeitszeit ab 1. Januar 1908 einzuführen. Jedoch kam es noch, hauptsächlich wegen der Lohnfrage, zu einem kurzen, eintägigen Ausstande, welcher durch beiderseitiges Entgegenkommen dann beendet werden konnte. Unsere Kollegen haben somit eine täglich zehnstündige Arbeitsverkürzung erlangt und auch mit der Regelung der Lohn- und Ueberstundenfrage können sie zufrieden sein; werden doch Stundenlöhne bis zu 52 resp. 55 Pf. bezahlt und eventuelle Ueberstunden bis 9 Uhr abends mit 10 Pf. Zuschlag vergütet. Auch auf die übrigen Kollegenschaft in Ruhrtort und Meiderich, welche zum Teil noch unter einer elfstündigen Arbeitszeit leiden, wird diese erfolgreiche Bewegung einen belebenden Einfluß ausüben und dieselben unserer Organisation zuführen, damit auch hier die zehnstündige Arbeitszeit ihren Eingang halten kann. Ruhrtort Kollegen! Inermüßlich gearbeitet bis auf der letzten Werkstätte die elfstündige Arbeitszeit beseitigt ist und die Bahn zu neuen Erfolgen frei wird.

**Streit in Neu-Jenaburg.** Die Neu-Jenaburger Kollegen wurden seitens des „freien“ Verbandes mit einer Lohnbewegung überrascht, welche wohl berechtigt, aber doch, da letztere uns einfach beiseite schoben, nur die Forderungen stellen, schiefe gehen konnte. Dadurch waren unsere Kollegen verwundet, dieses Vorgehen in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung scharf zu tadeln; trotzdem erklärten sich die Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter im Interesse der Allgemeinheit mit dem „freien“ Verband solidarisch. Die Ortsverwaltung desselben mußte selbst zugeben, daß sie bewußt oder unbewußt einen Fehler gemacht habe. Nunmehr ist auch ein Kollege unsererseits in der Lohn-Kommission vertreten.

In der Neu-Jenaburger Weiß-Möbelindustrie herrscht ein elendes Akkordsystem. Wie dabei die Herren, resp. die Akkordkraft des einzelnen Kollegen durch eigene und die Konkurrenz der Fabrikanten untereinander heruntergebracht wird, braucht kaum betont zu werden. Die Fabrikanten suchen in auswärtigen Blättern bei 40—45 Mk. Akkordlohn pro Woche Arbeiter, doch mit wenig Erfolg, da die Kollegen allerorts wissen, wie es in Neu-Jenaburg steht. Befordert sind: neunstündige Arbeitszeit, statt bisher zehn Stunden; 10% Lohnsteigerung auf die bestehenden Stundenlohn. Tagelöhne, und die Akkordfrage bezw. Regelung derselben. Bis jetzt haben 5 Betriebe mit 18 Mann bewilligt und ist zu hoffen, daß in nicht zu langer Zeit der Friede wieder hergestellt ist.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Marienberg i. S.** Nun hat sich auch hier im Erzgebirge ein vorwiegend kleines Häuflein um die Fahne des christlichen Holzarbeiterverbandes gesammelt; viel Gutes kann er hier schaffen, hunderte von Kollegen sind hier noch und auch in Preßnitz, Rodau und im Flöhatal zu gewinnen. Die Verhältnisse sind entschieden verbesserungsbedürftig. Nun heißt es aber keine Haken und werden für den Verband, damit er auch helfen und helfen kann in jeder Hinsicht. Kollegen besucht die gemeinsamen Versammlungen pünktlich und jeder bringe wenigstens einen neuen Kollegen zu der Versammlung mit, dann wird auch hier eine bessere Zeit andrehen. Frisch auf! Vorwärts!

**Jagelkadt.** Allgemein schreitet hier die christliche Gewerkschaftsbewegung vorwärts. Auch unsere Zahlstelle will nicht das Kameradschaften spielen und zusehen, wie die Bruderzahlstellen ihre Positionen mit Erfolg zu verteidigen sich bemühen. Es ist aber doch höchst notwendig, haben doch die Sozialdemokraten, aber auch sozial. Brauerverband mit dem hiesigen Brauereibesitzer

Holkwed einen Vertrag abgeschlossen, der nichts weniger als ein Monopol für die „Genossen“ ist, und die christlichen organisierten Arbeiter einfach unmöglich macht in besagtem Betriebe. Der bestehende Tarif, der auch mit dem christl. Hölz- und Transportarbeiterverbande abgeschlossen war und hauer noch Gültigkeit hat, wurde hierdurch in ganz trivialer Weise gestochen. So hält man sozialdemokratisch-erzogene Tarifverträge. Steht zwar ein solches Mandat seitens des sozial. Holzarbeiterverbandes nicht in Aussicht, so haben doch die Mitglieder der hiesigen Zahlstelle allen Grund auf dem Posten zu sein. Nun ist es auch unserm Vorstand gelungen die Mitgliederzahl zu heben. Aber auch ein guter Geist weht in der Zahlstelle. Das beweist die letzte Mitglieder-versammlung, in der der Lokalbeitrag einstimmig von 5 auf 10 Pf. erhöht wurde. Wenn die Kollegen mit der jetzigen Opferfreudigkeit weiter arbeiten und die Hausagitation, welche planmäßig festgelegt wurde, mit allem Eifer betreiben, können wir der nächstjährigen Lohnbewegung ruhig entgegen sehen. — Durchreisende Kollegen wollen den Arbeitsnachweis, den Kollege Schlawersbach Paradiesgäßchen Nr. 2 führt, in Anspruch nehmen.

**Worten (Westf.)** Nachdem schon seit mehreren Jahren die Textilarbeiter und etwas später auch die Bauhandwerker durch Zusammenschluß innerhalb einer christlichen Grundlageliegenden Gewerkschaft ihre Interessen sowohl nach der materiellen wie nach der moralischen Seite hin mit gutem Erfolg vertreten konnten, haben auch die Holzarbeiter hier eingesehen, daß nur der Zusammenschluß in eine bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Um nun eine Aussprache herbeizuführen über die Meinungen und Wünsche der hiesigen Holzarbeiter, war eine Versammlung auf Sonntag, den 29. September, anberaumt worden. Es war dann auch eine staalliche Anzahl Kollegen erschienen. Besonders zahlreich hatten sich die älteren Kollegen eingefunden. In dem erstatteten Referat wurden die Fragen beantwortet: Haben wir das Recht, uns zu organisieren? Können ohne Organisation die Interessen der Arbeiter gewahrt werden? Welcher Verband kann nur für die vorkommenden Holzarbeiter in Betracht kommen, und was hat der Zentralverband christlicher Holzarbeiter bisher für die Kollegen geleistet? Der begeisterte Beifall bewies, daß die Kollegen die Sache verstanden hatten, und konnte dann auch, nachdem noch verschiedene Meinungen ausgetauscht, eine Zahlstelle des Verbandes gegründet werden. Sofort traten 15 Kollegen dem Verbands bei. Nachdem noch diverse Sachen erledigt, wurde beschlossen, am kommenden Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, im gleichen Lokale wiederum eine Versammlung abzuhalten. Zweck der Versammlung ist, die noch fernstehenden Kollegen für den Verband zu gewinnen und zugleich die Geschäfte der Zahlstelle zu ordnen. Kollege Wendholt wird in Vertretung des Bezirksvorsitzenden das Referat übernehmen. Hoffentlich werden alle noch fernstehende Kollegen die Versammlung besuchen und sich von dem Wicken und Streben der christlichen Gewerkschaften überzeugen.

**Nachen.** Wer im Gewerkschaftsleben steht, wird wohl schon öfter die Beobachtung gemacht haben, daß in Stadt und Land unter den gewerkschaftlich organisierten Kollegen der einzelnen Berufe viel zu wenig Fühlung vorhanden ist. Man geht gleichgültig aneinander vorbei, ohne sich gegenseitig in der Agitation zu unterstützen, oder miteinander zu beraten über wichtige Sachen an denen nicht nur die eine, sondern alle Berufsgruppen am Orte interessiert sind. Ja es hat sogar vielfach den Anschein, als ob einzelne Kollegen von falschem Berufsstolze geleitet, es nicht für notwendig und gut erachteten, andern, schlechter gestellten Kollegen in gewerkschaftlicher Kameradschaft mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Auf das Entschiedenste müssen solche Vorkommnisse verurteilt werden, weil dadurch der Agitation die größten Schwierigkeiten gemacht werden. In manchen Orten ist das langsame Vordrängen der christl. Arbeiterbewegung auf das Konto der oben geschilderten Zustände zu setzen. Das darf in Zukunft nicht mehr so weiter gehen. Die christl. Arbeiterschaft muß sich darüber klar werden, daß alle Arbeiter ohne Unterschied des Berufes, Angehörige eines Standes, des Arbeiterstandes sind und es der Pflicht des kameradschaftlichen Geistes und des geschlossenen Zusammenhaltens aller christl. Arbeiter bedarf, um den Arbeiterstand gegenüber dem Unternehmertum und der Dessenlichkeit zur vollen Geltung zu bringen. Das Bezirksreferat der christlichen Gewerkschaften für Nachen und Umgegend hat sich u. a. die Pflege des Standesbewußtseins unter der Arbeiterschaft zur Aufgabe gestellt. Gemäß Absatz 2 seiner Satzungen sollen in allen Orten mit mehreren Berufsgruppen örtliche Kommissionen gebildet werden, bestehend aus Mitgliedern der verschiedenen Vorstände. Aus der für diese Kommissionen geschaffenen Geschäftsordnung ersieht man, daß es u. a. Aufgabe dieser Kommissionen sein soll, durch eine den örtlichen Verhältnissen angepasste Agitation und durch sonstige zweckentsprechende Maßnahmen die Gewerkschaftsbewegung am Orte zu fördern. Ferner sollen sie dahin wirken, daß von den Ortsgruppen und Zahlstellen, mehr als dieses bis heute an manchen Orten der Fall ist, regelmäßige Versammlungen abgehalten werden. Weiter sollen sie den kameradschaftlichen Geist und das Zusammengehörigkeitsgefühl durch Abhaltung von gemeinsamen Versammlungen für alle Berufs-Kollegen und Kolleginnen zu heben versuchen. Auch werden diese Kommissionen dafür zu sorgen haben, daß am Orte ein gemeinsames Bekehrtslokal bestimmt wird, in welchem nicht nur die Versammlungen und Sitzungen abzuhalten sind, sondern wo auch den Kollegen in ihrer freien Zeit und besonders Sonntags Gelegenheit geboten wird, sich kennen zu lernen und durch den Austausch von Erfahrungen oder Diskussionen über wichtige Tagesfragen ihr Wissen zu erweitern. Es ist selbstverständlich, daß in einem solchen Lokale die der christl. Arbeiterbewegung geeignete Tagespresse und die Gewerkschafts-Presse aufzulegen muß. Wenn jeder Gewerkschaftler, besonders aber die in führender Stellung stehenden Kollegen, sich ihrer Aufgabe voll bewußt sind, so werden auch im Nacheren Bezirke manche unliebsame Erscheinungen im Gewerkschaftsleben verschwinden und die Arbeiterschaft wird sich noch mehr, als dies bis heute der Fall ist, nach außen hin Achtung und Anerkennung verschaffen können. Der Herbst rückt heran und mit ihm die Zeit, wo die Winteragitation beginnen soll. Darum, Kollegen, fort mit dem falschen Berufsstolz und der Gleichgültigkeit mit dem Wohlergehen anderer Kollegen, sondern wacker mitgearbeitet in der Agitation für die christlichen Gewerkschaften. Keiner lege die Hände in den Schoß, jeder tue seine Pflicht, denn:

„Der Menschheit größte Zaubertrakt liegt im vereinten Streben.“

**Mergentheim.** Sonntag den 15. September hielten wir in unserm Verbandslökal eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung ab, welche wider Erwarten ziemlich gut besucht war. Vielleicht ist das ein Beweis, daß die Mergentheimer Arbeiter und Gesellen endlich aus ihrer Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit aufzuwachen und sich ihrer Berufsorganisation anschließen. Kollege Rudolf Stutzgart referierte über die wirtschaftliche, geistige und sittliche Hebung des Arbeiterstandes. Bei der folgenden Diskussion ergriff man einer der anwesenden „Genossen“, Wender ist sein weiterer Name, das Wort, um aber nicht etwas das Referat zu erschüttern oder zu widerlegen, sondern nur, um recht kräftig über die christl.

Gewerkschaften zu schimpfen. Unter anderem wollte er mit dem Kampf im Sölkner Schreinergerwerbe aufpassen. Damit glaubte er nun, wie er sich selbst rühmte, dem Referenten eine „gründliche Abfuhr“ bereitet zu haben. Hieraus erwiderte ihm Kollege Rud in schlagender Weise, daß genannter „Genosse“ Wender und Konstant nicht hierher gekommen seien, um ihre Ideen zu verfechten, sondern nur um die Verammlung zu sprengen und so jeden gewerkschaftlichen Erfolg in Mergentheim zu vereiteln. Daß das Sprengen der Versammlung ihr Ziel, haben die vielen Protestrufe und das regellose Benehmen während derselben bewiesen. Noch vor Schluß der Versammlung sah sich der Vorsitzende genötigt, die „Genossen“ aus dem Lokale zu weisen. Unter den gemeinsten Ausbrüchen verließen sie nun das Lokale, um dann draußen durch so eine Art Indianergeheul ihrem gepreßten Herzen Luft zu machen. Hoffentlich zieht die Mergentheimer Arbeiterschaft aus dieser Versammlung die wichtige Lehre und tritt den christl. Gewerkschaften, hvm. dem Zentralverband christl. Holzarbeiter Deutschlands bei, um so den „rotten Freiheitshelden“ und Redaubrütern zu zeigen, daß hier in Mergentheim kein Boden für sie ist. An die Kollegen, welche bis jetzt treu zur Sache gehalten, sei nochmals dringend die Bitte gerichtet, ihre ganze Kraft in den Dienst unseres Verbandes zu stellen, damit ihm die noch fernstehenden zugeführt werden. Nur dann sind wir in der Lage die Ziele unseres Verbandes vor allem die Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen.

**Kaufbeuren.** Die Gegner der christlichen Gewerkschaftsbewegung behaupteten in unserer am 8. September stattgefundenen Mitglieder-versammlung Kollege Ader aus Wörzshofen. Es wäre nur zu wünschen, daß die Mitglieder der hiesigen Zahlstelle sich eines besseren Bewußtseins der Versammlungen befleißigten. Fast glaubt man, daß seit der Zeit, wo eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt wurde, die Kollegen die Organisation nicht mehr notwendig haben. Das Referat konnte die Kollegen dahin belehren, daß Gegner des austretenden Arbeiterstandes in Fälle und Fälle vorhanden sind und daß wir uns durch nichts einschüchtern lassen dürfen, wenn wir in Zukunft weitere Erfolge erringen wollen.

**Wiesental- und Finslmacher.**

Aus dem Wiesental. Die Versammlungen, die zur Errichtung eines Gewerbegerichtes für das obere Wiesental Stellung nehmen sollten und in Zell, Schönau und Lobnau stattfanden, waren trotz verschiedener Hindernisse zum Teil besucht. Kollege Rödlach aus Sautgart hatte die Referate übernommen und legte in kurzen, klaren Worten die Bedeutung und Tätigkeit der Gewerbegerichte dar. Redner betonte, daß diese Versammlungen nur dazu dienen sollten, Bekanntheit über die Frage zu verbreiten und etwa sich zeigenden Vorurteilen und Missverständnissen entgegen zu arbeiten. Das Gewerbegericht sei zwar keine neue Erfindung mehr, da schon zu frühzeiten solche bestanden hätten, nur in etwas veränderter Form. Im Jahre 1869 sei bekanntlich die Koalitionsfreiheit eingeführt worden und mit ihr der freie Arbeitsvertrag, der aber infolge der Entwicklung der Industrie, der Arbeitssteigerung, sowie der Verschärfung der Arbeitsverhältnisse hier und da zu Unzufriedenheiten führe. Die Regelung der Streitigkeiten, die aus Unkenntnis und falscher Auslegung der Gewerbeordnung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entstehen, machen Gewerbegerichte notwendig. Ohne Gewerbegerichte müßte man mit diesen Berufs- und Fachstreitigkeiten in die Amtsgerichte. In diesen Fragen hätten aber Arbeitgeber und Arbeiter wenig Vertrauen zu den Amtsgerichten. Das Gewerbegericht biete den Vorteil, daß es ein Standesgericht sei, bei dem Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl vertreten sind, die auch die nötige praktische Erfahrung besitzen. Ferner biete es im Gegensatz zu den Amtsgerichten eine schnelle und billige Rechtsprechung, was bei diesen Streitigkeiten dringend notwendig sei. Hauptächlich die Arbeiter des Wiesentales hätten den Mangel eines Gewerbegerichtes bitter empfunden und auf vielfachen Wunsch hätten die christlichen Gewerkschaften die Aktion zur Errichtung eines solchen in die Hand genommen. Er empfahl die Einführung dieser Einrichtung für sämtliche Gemeinden des hiesigen Wiesentals, da so allen geolfen sei und auch die Kosten für die einzelnen Gemeinden keine großen sind. Am Schluß der Versammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige Versammlung erblickt in der Errichtung von Gewerbegerichten ein hervorragendes Mittel, den sozialen Ausgleich zu fördern und gewerbliche Streitigkeiten in einer, den Interessen beider Teile — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — dienenden Weise zu erledigen. Die Versammlung beauftragt daher die christlichen Gewerkschaften in allen in Betracht kommenden Kreisen für eine, in dieser wichtigen Frage vielfach noch mangelnde Aufklärung Sorge zu tragen. Es erscheint dies um so notwendiger, als in derselben noch viel Unkenntnis, besonders in der Arbeiterschaft, vorhanden zu sein scheint. Die Versammlung beauftragt daher die christlichen Gewerkschaften, alle notwendig erscheinenden Schritte zu unternehmen, die einer baldigen Einführung eines Gewerbegerichtes dienlich sind.

**Wagenbauer.**

**Dortmund.** Die Zahlstelle Dortmund hatte zum 30. 9. c. eine öffentliche Versammlung der Stellmacher und Wagenbauer einberufen, welche Dank der eifrigen Agitation der Schloß des Stellmacher einestseits und andernteils auch wohl durch das Gefühl, es müsse auch hier in Stellmachergewerbe einmal anders werden, von seiten der Stellmacher und Wagenbauer recht gut besucht war. Es ist diese Tatsache für uns der beste Beweis, daß die Stellmacher endlich wohl aus ihrem gleichgültigen Dahindämmern aufzuwachen begannen und sich bemüht werden, daß sie auch noch zu etwas anderem da sind als wie nur zum arbeiten, nämlich: teilzunehmen am öffentlichen Leben, teilzunehmen an dem Kampfe zur Erringung besserer Existenzbedingungen für sich und ihre Familie, teilzunehmen auch an dem Kampfe, der bestimmt ist, der arbeitenden Klasse ihr gutes Recht an allen Fortschritten, die in der heutigen Zeit errungen, zu sichern. Kollege Schö (Schömann) verstand es in seinem 1 1/2 stündigen Vortrage den Anwesenden klar vor Augen zu führen, welche ein gewaltiger Augen in einer starken Organisation liege und wieviel daraus hin wie die Schreiner Dortmunds, dank ihrer guten Organisation auf dem besten Wege seien, sich ein menschenwürdiges Dasein zu erkämpfen. Der Referent sprach es aber auch offen aus, daß nicht die Arbeitgeber die größten Gegner all dieser Bestrebungen seien, sondern die Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit der Arbeiter selbst. Was diese Gleichgültigkeit bedeute, trete doch klar zu Tage, wenn man die Verhältnisse betrachte, wie sie noch heute in Dortmund im Stellmachergewerbe zu finden seien, nämlich eine 11—12 stündige Arbeitszeit, in einer Werkstatt sogar noch 13 Stunden und das für den herrschenden Stundenlohn von 33 Pf. Eine solche Summe ist wohl geeignet, auch den Gleichgültigsten aufzurütteln und ihm die Ueberzeugung zu bringen, daß es höchste Zeit werde, für die Verbesserung der Verhältnisse alle Kraft einzusetzen und um dieses Ziel zu erringen, sei es Zeit sich zu organisieren. Man muß

hin was die Unternehmer, die Arbeitgeber auch für das einzig richtige eingeschrieben haben, sich in Verbänden zusammenschließen, in Verbänden die es sich zur Aufgabe gemacht haben einzutreten für die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Darum Stellmacher und Wagenbauer säumt nicht länger, scheut auch die Opfer nicht, die zu bringen sind, sei es an Zeit oder Geld, sondern treten ein in die Kämpferscharen der modernen Arbeiterbewegung. Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter bietet auch die Gewähr, daß auch im Stellmachergewerbe bessere Verhältnisse Platz greifen. Träumt nicht mehr länger, sondern macht euch klar, daß nur die Gesamtheit der Arbeiter im Kampf Sieger bleiben wird, während der einzelne nie etwas erreicht. Ruchmaß, organisiert Euch.

**Eingesandt.**

**Mehr Berichterstattung fürs Organ.**

Ein Mangel in unserer Bewegung ist, daß namentlich aus den kleineren Berufsgruppen die Berichterstattung über wichtige Vorgänge in den Jahrestellen manches, wenn nicht alles zu wünschen übrig läßt. So fiel es bei einer Lohnbewegung in einer großen Stadt des Ruhrreviers auf, daß die Tagespresse schon wochenlang berichtete, bis in unserem Organ endlich erklärt wurde, daß der Redaktion keinerlei Mitteilung über die Lohnbewegung gemacht sei. Dasselbe war bei der Bewegung im Münchener Tapezierergewerbe der Fall. Vor einigen Wochen erhielt Schreiber dieser Zeilen aus dem Osten Deutschlands von einem Kollegen eine Karte, auf der von einer erfolgreichen Lohnbewegung die Rede war. Bis heute war jedoch im Organ noch keine Rede davon. Der Schaden, der aus solcher Nachlässigkeit entsteht, ist größer wie manche Kollegen denken. Namentlich sind es die kleineren Branchen, wie Tapezierer etc., die förmlich danach leiden, aus anderen Jahrestellen etwas von ihren Berufsangehörigen zu wissen. Auf alle Fälle schafft eine derartige Berichterstattung Anregung zur Agitation.

S. P., Essen.

**Sterbefaßel.**

Heinrich Pirriß, Reifenmacher, gestorben zu Harsum.  
Elsziskus Weforowski, Tischler, gestorben zu Posen.  
Ruhet in Frieden.

**Gewerkschaftliches.**

**Namberger Streifprozeße.**

Nicht weniger wie fünf Termine standen am 24. September vor Gericht an, die sich alle mit Begleiterscheinungen des Namberger Streifs der Fürstentümer zu beschäftigen hatten. Vier davon fanden in Annweiler (Pfalz) statt, während eine Verhandlung in Köln angehängt war. Sämtliche Klagesachen betrafen Beleidigungen, die den Namberger Fabrikanten und ihren Getreuen zugesagt sein sollten. Die Verhandlungen ergaben jedoch, daß nicht die Beleidigungen, sondern die Namberger Fabrikanten die wirklichen Angeklagten waren. Wir werden in nächster Nummer eingehend über die Prozesse, die das Treiben einer Fabrikantenliga in einem von ihnen abhängigen Gemeinwesen in ein großes Licht rücken, berichten. Für heute seien nur die Klagen und ihre Resultate registriert. Vor dem Amtsgericht in Annweiler fanden folgende vier Fälle zur Verhandlung an.

1. Kollege J. Erjing-Frankfurt soll den arbeitswichtigen Beschäftigten Michael Wagner II durch einen Artikel in der „Landauer Zeitung“ beleidigt haben. Urteil: 15 Mk. Geldstrafe und Publikation des Urteils in der „Landauer Zeitung“.
2. Kollege E. Jansen-Köln hat als verantwortlicher Redakteur des „Deutschen Holzarbeiter“ die Arbeitswichtigkeit des Polizeibieners Haufer, des Ortsadjunkten Klein und des Begewärters Kenner, sämtlich aus Namburg, gekränkt. Urteil: 20 Mk. Geldstrafe und Publikation des Urteils im „Deutschen Holzarbeiter“.
3. Kollege J. Erjing-Frankfurt soll die Fabrik der Maschinenfabrik Rilles & Störz in Namburg dadurch beleidigt haben, daß er denselben durch ein Eingekauft in der „Landauer Zeitung“ Lastertraktat vorgebracht hat. Da der Lastertraktat nicht erbracht ist, erfolgt Freisprechung und werden des Privatklägers die Kosten des Verfahrens zur Last gelegt.
4. Der Redakteur der sozialdem. „Pfälzischen Post“, Paul Kleeser aus Ludwigshafen, hat in der von ihm verantwortlichen Zeitung eine formelle Beleidigung verbrochen, indem er in Bezug auf den Beschäftigten Michael Wagner II in Namburg den Ausdruck „Judenkinder“ gebrauchte. Urteil: 10 Mk. Geldstrafe und Publikation des Urteils in der „Pfälzischen Post“.
5. In Köln sollte sich der Kollege Jansen als verantwortlicher Redakteur des „Deutschen Holzarbeiter“ wegen Beleidigung des Beschäftigten Kolocinski in Namburg verantworten. Rechtsrat hat nach der Klageprüfung, mit guten Erfolge für die beschwerte Firma Rilles & Störz Arbeitsergebnisse angenommen, und habe dafür im „Deutschen Holzarbeiter“ den Titel „Streifbrecher“ erhalten. Der Termin der Verhandlung wurde jedoch vertagt.

Zur der Erinnerung der Kollegen, kommt man sich in allen Verhandlungen des Streifs nicht entschuldigen, daß eigentlich nicht die Beschäftigten, sondern die Funktionäre der Klager auf der Klagebank sitzen. Durch die Prozesse ist der Beweis erbracht, daß der Zentralverband christlicher Holzarbeiter ein seinen Eingreifen in Namburg sich ein unbeschreibliches Verdienst um eine gedrückte Bevölkerung erworben hat.

Erklärung unseres internationalen Gegenständigkeitsvertrages. Bekanntlich wurde im Jahre 1906 zwischen den drei christlichen Holzarbeiterverbänden Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz ein Vertrag abgeschlossen, wonach die Mitglieder dieser Verbände ohne Eintrittsgeld übertraten, die Arbeitsnachweise beizubehalten und Streikunterstützung bezogen konnten. Dieser Vertrag hat im September d. J. ab. Es fanden des- halb zwischen den Verbänden der drei Verbände Verhand-

lungen über die Verlängerung und den weiteren Ausbau des Vertrages statt, die zu folgendem Ergebnis führten.

**Vertrag.**

Zwischen dem Zentral-Verband christlicher Holzarbeiter Deutschlands, dem christlichen Holzarbeiterverband der Schweiz und dem Verbande christlicher Holzarbeiter Oesterreichs, wurde heute folgende Vereinbarung getroffen:

- § 1. Die Mitglieder der oben genannten Verbände werden bei Verlegung des Wohnsitzes in das Gebiet eines andern Verbandes von diesem ohne Eintrittsgeld aufgenommen. Bedingung dabei ist, daß die betreffenden Mitglieder bis zum Tage der Anmeldung in ihrer früheren Organisation den Verbandspflichten nachgekommen sind und daß die Frist vom Tage der Abmeldung bis zum Tage der Neuankündigung sechs Wochen nicht übersteigt.
- § 2. Die nach § 1 übergetretenen Mitglieder haben nach Maßgabe der höheren Mitgliedschaftsbauer und der geleisteten Beiträge Anspruch auf alle Unterstützungen des Verbandes, in welchem der Uebertritt erfolgt.
- § 3. Reiseunterstützung wird erst von dem Verbandsorte an berechnet, in welchem der Uebertritt durch die Eintragung ins Mitgliedebuch vollzogen wurde.
- § 4. Die Verbände verpflichten sich, wenn dies von einer Organisation gewünscht wird, ihre Mitglieder von dem Zugang nach den Orten zu warnen, in denen Differenzen ausgebrochen sind.
- § 5. Uebergetretene Mitglieder behalten ihre früheren Mitgliedsbücher zum Quittieren der Unterstützungen und Beiträge im Gebrauch. Doch sind den Uebergetretenen die Statuten des betreffenden Verbandes einzuhändigen.
- § 6. Der Vertrag gilt vorläufig für ein Jahr.

Köln, Wien, St. Gallen im September 1907.

Heinr. Kutschke, Georg Schmid, Carl Sauter.

Der Vertrag ist gegen keinen Vorgänger im Interesse der Mitglieder wesentlich verbessert. Unsere Mitglieder können nunmehr, wenn sie nach der Schweiz oder nach Oesterreich reisen, dort gleich mit vollen Rechten den Bruderverbänden beitreten. Die in unserm Verbands geleisteten Wochenbeiträge werden bei der Bemessung der Unterstützung sämtlich angerechnet. Den vielen Verbandsmitgliedern, die jährlich nach den beiden Ländern reisen, dürfte diese Vereinbarung sehr wertvoll sein. Wir bitten die betreffenden Kollegen, auch in den ausländischen Bruderverbänden sich als tüchtige Gewerkschaftler zu betätigen. Nur dann wird der Vertrag seinen Zweck vollständig erfüllen.

Briefe als Terrorismandokumente. Die „Holzarb.-Ztg.“ fängt nunmehr an, sich ob des Ludwigshafener Terrorismandokuments zu schämen. Sie will, da ihr die „ganze Geschichte“ lächerlich wird, kein Wort mehr darüber verlieren; dieses hier ja doch Zeit- und Hammerschwendung. Es fragt sich hier nur, ob die „Holzarb.-Ztg.“ schweigen will, wegen der Bloßstellung der Terroristen, oder aber deshalb, um den neugewonnenen „Klassenkämpfer“ nicht zu blamieren.

Im Anschluß an den letzten Brief des terrorisierten Nilly in Ludwigshafen, der noch nicht in dem Maße terrorisiert sein will, um bei seinem Nichtübertritt seine Arbeitsstelle zu verlieren, veröffentlicht die „Holzarb.-Ztg.“ einen Brief, der einem, vom christlichen zum sozialdemokratischen Verbands übergetretenen Ausländer in Rheine (Westf.) zugegangen sein soll. In dem Briefe wird gesagt, daß der neugeborene „Genosse“ erst mal die Streikunterstützung zurückzahlen solle, die er während des Streifs erhalten habe; andernfalls würde Klage erhoben. Letztere habe insbesondere für Ausländer allerlei Unangenehmlichkeiten. Da er obendrein noch zu den Sozialdemokraten gegangen sei, so wird ihm zu wissen gegeben, „daß wir in Deutschland genug Sozialdemokraten haben“ und „falls sich Ausländer daran beteiligen, diese direkt Landesverweis bekommen“. Eine an den Briefschreiber von dem Uebergetretenen gekommene Karte werde ersterer behalten und sie der Polizei übergeben.

Die „Lanze aus Stuttgart“ knüpft dann hieran Bemerkungen von „christlicher Nächstenliebe“, „niederrichtige Gesinnung“ usw. Da der Name des Briefschreibers fehlt, will sie sich nicht wundern, wenn der „Deutsche Holzarbeiter“ die Briefgeschichte abzuleugnen sucht.

Zu letzterem haben wir nun keine Ursache, da nach dem eingezogenen Entwidungen, der Brief von einem Mitgliede der Deutscher Arbeitervereine unseres Verbandes in Rheine geschrieben ist. Die „Holzarbeiter-Ztg.“ hätte sich jedoch den Vorwurf der „niederrichtigen Gesinnung“ sparen können. Dem Briefschreiber ist es nach seinen Angaben, und wir haben keinen Anlaß an der Richtigkeit derselben zu zweifeln, lediglich darum zu tun gewesen, den Uebergetretenen durch die Einschüchterung von seinem Verhalten abzuhalten, der Gedanke der Denunziation habe ihn völlig fern gelassen. Daß der Kollege jedoch mit dem Schreiben des Briefes eine Dummheit gemacht hat, wird er inzwischen selbst eingesehen haben. Auch wird ihm inzwischen die Ueberzeugung gekommen sein, daß der Zentralverband christlicher Holzarbeiter, mit Leuten, die mit den rheinischen Holzgenossen sympathisieren, doch keine Ehre einlegen kann.

Berücksichtigt man die Umstände, so ist das Verhalten unserer Kollegen wohl zu verstehen. Als die rheinischen Holzarbeiter in Mai d. J. zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Streik traten (der sozialdem. Verband hat, weil er keine Mitglieder am Orte, nicht in Betracht) da hatten sich alsbald Zugereiste ein, die angaben, von einem Streik in Rheine nichts zu wissen. Sie ließen sich dann Geld zur Abreise geben, um — teilweise des anderen Tages wiederzukommen. Bei den Firmen Uhl und Vengering traten sie in Arbeit und gaben sich hier als Mitglieder des sozialdem. Holzarbeiter-Verbandes aus. Unter ihnen befand sich auch der jetzige Vertrauensmann der rheinischen Holzgenossen. Während die Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter acht Wochen lang für bessere Verhältnisse kämpften, lag jener brave Mann im Betriebe des Herrn Vengering als — freigeschaffener Arbeitswilliger. Wohlmerkt verordnete „Holz-

Wenn sich nun der Uebergetretene zu den roten Streikbrechern hingezogen fühlte, so wäre es richtiger gewesen, wenn ihn unser Kollege ruhig hätte abziehen lassen. Daß der Mann während des Streiks die „christliche Kasse“ benutzte und eigenhändig unterschrieb, daß er beim Austritt aus dem Verband die erhaltenen Gelder zurückerstatten wolle, muß man ihm bei der Freundschaft mit Streikbrechern, nicht verübeln.

Die „Holzarbeiter-Ztg.“ sollte sich deshalb wohl hüten, moralische Entrüstung über das Tun unseres Kollegen zu heucheln. Stillschweigen stände ihr bedeutend besser an. Wenn im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Sind nicht die „Genossen“ wahre Meister im Terrorisieren? Vielleicht ist die „Holzarbeiter-Ztg.“ so gutig, und nimmt auch Kenntnis von folgendem Briefe, der weiter nichts bezweckt, als einen „Christlichen“ außer Arbeit und Verdienst zu bringen:

Gonsenheim, den 13. August 1907.

Wertester Herr Hofmann!

Im Anbetracht des Maurers Peter Koss hat der Vorstand mit einer Kommission beschlossen, Ihnen so schnell als möglich von der Sache zu unterrichten. Indem er schon mehrmals schriftlich und mündlich ermahnt wurde, sich unserem Verbands anzuschließen, weil Organisiert Kollegen durch den Maurer Koss in Mitleid kommen, sind wir gezwungen, die nötigen Schritte zu tun, um unsere Kollegen zu rächen. Wertester Herr Hofmann, glauben Sie nicht, daß Sie die Leistung, die Sie früher als Vorsitzende in unserer Zahlstelle getan haben, vergessen haben. Bei uns stehen Sie immer noch in Andenken, darum hoffen wir, daß Sie, welche die Gewalt gegen den Maurer Peter Koss in den Händen haben, uns heute, um Ihnen einen weiteren Mißtraut zu ersparen, unterstützen. Stellen Sie ihn die Sache vor und lassen Sie sich von ihm binnen 1 Tag erklären, ob er ins den Verband beitreten will oder nicht. Wenn nicht, dann wissen Sie, als früher guter organisierter Kollege, was Sie zu tun haben, um Ihnen Unannehmlichkeiten zu sparen, darum bitten wir, binnen 3 Tage eine Zuschrift von Ihnen damit wir wissen, 1. was er sich erklärt und 2. was Sie für eine Stellungnahme dagegen haben. Darum, Herr Hofmann, machen Sie sich keine unnötige Unannehmlichkeiten und üben Sie ihr Recht aus.

J. A. des Vorstandes und der Kommission  
Franz Josef Reichenbach, Schriftführer  
Vorsteherndes gesehen und beglaubigt

(Stempel) Gonsenheim  
Gustav Stanislaus  
Kaiserstraße Nr. 78 dahier  
Zentralverband d(er) M(aurer)

Was würde die rote Presse nicht einen Skandal machen, wenn beispielsweise die christlich-organisierten Holzarbeiter in Rheine die Proklamation der „Genossen Streikbrecher“ verlangten? Aber so ist's: „Was den Christlichen als Schandtat angehängt werden kann wird gemacht, den „Genossen“ hingegen gilt jede Bekämpfung der Christlichen als ein Akt des Selbstverständlichen.

**Soziale Rundschau.**

Krankenkassenkonflikt im Wiesental. Ein Konflikt ist zwischen den geschlossen vorgehenden Vorständen der vier in Betracht kommenden Betriebs- und der Gemeinde-Krankenkassen in Schönau einerseits und einem Kassennarrten andererseits ausgebrochen, der zur Kündigung der Verträge mit dem betreffenden Arzt führte.

Dazu hätte nun die Arbeiterschaft nichts zu sagen, wenn nicht dadurch der Arbeiterschaft die freie Arztwahl genommen würde. Es sind nur zwei Ärzte am Orte anwesend. Der Konflikt ist nun gerade mit dem Arzt, zu dem die Arbeiterschaft das meiste Vertrauen und der gerade unsern Stande die sorgfältigste Aufmerksamkeit geschenkt, der auch den Kassennarrten das zukommen ließ, was sie rechtlich und tatsächlich zu beanspruchen hatten. Die Arbeiterschaft ist deshalb über diese Kündigung erbittert und protestiert mit Recht, da man sie zudem noch mehr oder minder zwingen will, sich dem einzigen von der Kasse vorgeschriebenen Arzt anzuvertrauen. Die Vorstände der Kassen wollen einen beifälligen Arzt, um die Leistungen an Medikamenten und Hilfsmitteln einzuschränken. Da der betreffende Arzt dem nicht zustimmen konnte, wurde ihm gekündigt. Es sollen auch noch persönliche Gründe mitspielen — alles natürlich auf Kosten der Arbeiter. Letzteres haben die vereinigten Vorstände zwar zurückgewiesen und erklärt, daß einzig und allein „sachliche Gründe“ maßgebend gewesen seien. Eine genaue Begründung ihres Vorgehens halten sie bezeichneter Weise auch nicht für notwendig. Auf keinen Fall sind die Arbeiter mit der Einschränkung der Heilmittel einverstanden. Auch die Arbeiterschaft weiß ihre Gesundheit zu schätzen und will, daß auch für sie diejenigen Mittel angewandt werden, die zu einer schnellen und guten Heilung und Genesung notwendig sind. Gerade von der Gesundheit hängt des Arbeiters Existenz, das Wohl und Wehe der Familie ab. Wir wollen aber auch, daß die Vorteile und Rechte des Krankenkassengesetzes unseren kranken Arbeitsbrüdern und Schwestern in vollem Umfange ungehindert zugewendet und erhalten bleiben. Die christlichen Gewerkschaften werden deshalb alle Hebel in Bewegung setzen, um eine solch unwürdige Behandlung der Arbeiterschaft zurückzuweisen und die Verschlechterungen zu verhindern. Eine Beschwerde und zugleich ein Antrag wird an die Aufsichtsbehörde eingereicht werden. Auch werden sie Erhebungen veranlassen, wie es denn mit dem Selbstverwaltungsgesetz und Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den betreffenden Betriebskrankenkassen bestellt ist. Mit Recht fragt man, was denn die Arbeiter, die in der Vorstandschaft neben dem Betriebsinhaber sitzen, zu dieser Kündigung gesagt. Konnten sie nichts sagen weil die Arbeiterschaft nicht organisiert, oder bloß schlecht, oder hat man sie gar nicht gefragt? Sind gar keine Arbeiter in der Vorstandschaft? Wo bleiben da die Bestimmungen des Krankenkassengesetzes, wo das Selbstverwaltungsgesetz und Mitbestimmungsrecht der Arbeiter. Aus verschiedenen Betriebskrankenkassen des Wiesentales liefen Klagen ein und es ergibt sich die Lehre, bei gegebener Zeit nicht bloß in Schönau auch in der Beziehung Remedur zu schaffen.